



# Interviews

**23. April 2023**

## **Tobias Armbrüster im Gespräch mit Gerhard Schick**

**Tobias Armbrüster:** Am Telefon ist jetzt Gerhard Schick. Er ist einer der Gründer von „Finanzwende e.V.“ und vor dieser Tätigkeit war er Bundestagsabgeordneter der Grünen. – Schönen guten Morgen, Herr Schick.

**Gerhard Schick:** Guten Morgen!

**Armbrüster:** Herr Schick, kann man sich in Deutschland sein Recht kaufen?

**Schick:** So krass würde ich es nicht formulieren. Unser Rechtsstaat funktioniert an vielen Stellen sehr, sehr gut. Aber es gibt einige Problemfelder und das Thema Cum-Ex hat die auch aufgezeigt. Dort, wo es komplex wird und wo es um viel Geld geht, da gibt es eklatante Schwächen und die wollen wir bei „Finanzwende“ angehen.

**Armbrüster:** Können Sie uns das genauer erklären? Wo liegen die Schwächen?

**Schick:** Nehmen wir ein konkretes Beispiel. Wenn jetzt eine Frau in Mannheim Straßenbahn fährt und erwischt wird, dass sie kein Ticket hat, dann muss sie eine Strafe zahlen, oder wenn jemand geblitzt wird in Reutlingen. Aber die Banker, die bei der LBBW in Stuttgart, der Baden-Württembergischen Landesbank, einen Millionenraub in der Staatskasse organisiert haben, sind bis heute straffrei durchgekommen, weil es die Staatsanwaltschaft in Stuttgart in elf Jahren nicht geschafft hat, da eine Anklage hinzukriegen und die Leute vor Gericht zu stellen. Solche Schwächen müssen wir beheben, denn sonst ist das, was Frau Brohvilker gestern gesagt hat, die Kleinen fängt man und die Großen lässt man laufen, eine Realität, und das widerspricht dem Grundsatz des Rechtsstaates, dass alle vor dem Gesetz gleich sein sollen.

**Armbrüster:** Was genau ist da das Problem? Fehlt es an Personal, fehlt es an Staatsanwälten?

**Schick:** Es fehlt sicher an vielen Stellen auch an Personal, an Kontinuität, der entsprechenden Zusammenarbeit auch mit Finanzspezialisten, aber das Entscheidende scheint mir zu sein, dass häufig die politische Unterstützung fehlt. Es ist schon auffällig, dass gerade dort, wo es um die Landesbanken geht, die Schwächen besonders zu Tage treten und dass es auch dort besonders Schwächen gibt, wo es um das geht, was man im Englischen White Collar Crime nennt, die Wirtschaftskriminalität von den Leuten, die eigentlich was gelten und gute Kontakte haben. Da müssen wir schon dafür sorgen, dass unser Rechtsstaat sauber aufgestellt ist und nicht nur die Kleinen fängt.

**Armbrüster:** Herr Schick, ich versuche, das gerade etwas genauer zu verstehen. Heißt das, da gibt es möglicherweise bei einem Staatsanwalt einen Anruf aus einem Ministerium oder aus einer Staatskanzlei, und da heißt es dann, diese Ermittlungen jetzt bitte nicht so besonders genau weiterführen, wir haben es da mit XY zu tun und der kann uns noch für einige Dinge nützlich sein?

**Schick:** Was wir beobachten ist – das ist jetzt teilweise an Frau Brorhilker, die ja exzellente Arbeit gemacht hat in Köln, da viele, viele Millionen Euro an Steuergeld zurückgeholt hat und es geschafft hat, dass Täter ins Gefängnis kommen. An ihr ist jetzt teilweise Kritik geübt worden, trotz ihrer exzellenten Arbeit. Aber die Tatsache, dass in der Staatsanwaltschaft in Hamburg, die eigentlich örtlich zuständig gewesen wäre für drei Banken, die mit Cum-Ex zu tun hatten, die HSH Nordbank, die Varengold-Bank, die Warburg-Bank, da ist es jeweils nicht zu einer Anklage gekommen, und daran hat niemand irgendwie groß Kritik geübt. Dabei ist das ein richtiges Problemfeld unseres Rechtsstaats, die Staatsanwaltschaft Hamburg, die bei Cum-Ex ihre Arbeit nicht geleistet hat, und so ist es leider auch bei den Cum-Cum-Geschäften. Das ist der große Bruder der Cum-Ex-Geschäfte, wo es auch noch mal um viele Milliarden geht. Da ruht leider still der See. Bisher haben viel zu wenig Staatsanwaltschaften die entsprechenden Verantwortlichen in den Banken hier angeklagt und vor Gericht gebracht. Da müsste wesentlich mehr geschehen.

**Armbrüster:** Sie haben den Cum-Ex-Skandal in Hamburg erwähnt, Herr Schick. Zustande gekommen ist das alles in der Regierungszeit des Regierenden Bürgermeisters dort. Der hieß damals Olaf Scholz, heute Bundeskanzler. Frau Brorhilker sagt jetzt, die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen. Gilt das auch für Olaf Scholz?

**Schick:** Was auf jeden Fall richtig ist, ist, dass seine Geschichte mit den Erinnerungslücken völlig ungläubwürdig ist. Ich habe auch noch fast niemanden getroffen, der jetzt nicht beruflich das verteidigen müsste, der ihm diese Erinnerungslücken abnimmt. Es ist schon pikant,

dass der Kanzler der Bundesrepublik in seiner früheren Tätigkeit sich dreimal mit einem Tatverdächtigen getroffen hat und ihm – das hat er ja auch zugegeben und das ist dokumentiert – auch noch einen Tipp gegeben hat, wie er vorgehen soll. Das ist ja hanebüchen!

Der jetzige Hamburger Bürgermeister, sein Nachfolger, war damals Finanzsenator und bei ihm ist sehr, sehr deutlich geworden, dass er das Verfahren kannte. Er hat sich die Unterlagen dazu geben lassen. Er wusste, dass eine Entscheidung seiner Finanzbehörde dazu führen würde, dass die Bank die Erträge aus den illegalen Geschäften behalten kann. Deswegen finde ich, Peter Tschentscher muss zurücktreten, wenn man in Deutschland dafür sorgen will, dass Politik sauber bleibt.

**Armbrüster:** Herr Schick, wenn ich Sie richtig verstehe, sagen Sie, solche Absprachen, wie wir sie da in Hamburg gesehen haben, oder wie sie zu Tage getreten sind, die sind Alltag in der deutschen Justiz?

**Schick:** Alltag ist mir zu viel, aber es gibt eine Schiefelage, die darin besteht, dass manchmal Menschen, die bei Sozialleistungen betrogen haben, bei einer geringen Summe schon ins Gefängnis kommen. Das gilt ja selbst für Leute, die eine Strafe bei der Straßenbahnfahrt nicht zahlen können, dass die teilweise ins Gefängnis kommen, und gleichzeitig Menschen, die in Millionenumfang Steuern hinterzogen haben, einen viel größeren Schaden für unser Gemeinwesen angerichtet haben, straffrei ausgehen. Das ist der Konflikt, um den es in Köln ging, wo jetzt manche sagen, die Frau Brorhiker hätte doch häufiger mal einstellen sollen, Deals machen sollen, damit die Verfahren besser vorangehen. Sie sagt: Nein, im Gesetz steht, wir müssen ermitteln und wir können nicht einfach Deals machen, weil das führt dazu, dass Menschen straffrei rausgehen. Diese Schiefelage, die Kleinen fängt man und die Großen lässt man laufen, die ist gerade bei den großen Fällen von der Finanzkriminalität zu beobachten, und deswegen wollen wir bei „Finanzwende“ mit der Unterstützung von hoffentlich vielen Bürgerinnen und Bürgern das ändern, und Frau Brorhiker hat sich entschieden, uns dabei zu unterstützen und das mit uns zusammen zu machen.

**Armbrüster:** Wie ließe sich das denn ändern? Wie ließe sich dieses Ungleichgewicht wieder ins Lot bringen?

**Schick:** Ich glaube, das Wichtigste ist wirklich die politische Unterstützung, aber natürlich gibt es auch Strukturen, die verändert werden müssen. Das ist bei uns immer noch Ländersache. In anderen Rechtsgebieten kennen wir es, dass es ein Bundeskriminalamt gibt, was eine Zuständigkeit hat für große Fälle, die eine einzelne Staatsanwaltschaft oder so überfordern würden. Bei der Steuerkriminalität gibt es aber diese Zuständigkeit nicht und jetzt schafft Christian Lindner ein neues Bundesamt zur Bekämpfung von Finanzkriminalität, aber

---

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: [hoererservice@deutschlandradio.de](mailto:hoererservice@deutschlandradio.de)

ausgerechnet die Steuer ist nicht dabei, das hat gar keine Kompetenz. Man müsste dringend dafür sorgen, dass die nötige Kompetenz gebündelt wird und das richtig organisiert wird, aber dazu fehlt der politische Wille und der FDP-Justizminister Marko Buschmann blockiert gerade einen Vorschlag, dass wir Kriminellen das Vermögen leichter wegnehmen können. Da geht es um Milliarden, die man einziehen könnte. Andere Länder, zum Beispiel Italien, haben da Gesetze, die das leichter ermöglichen, und das wird in Deutschland bisher politisch blockiert, in diesem Fall von dem FDP-Justizminister. Da könnte Deutschland besser werden und wir wollen das durchsetzen.

**Armbrüster:** Wie wollen Sie das durchsetzen?

**Schick:** Die letzten Jahre haben gezeigt, wenn genug Bürgerinnen und Bürger mitmachen im Fall, als es um die Stellen bei der Staatsanwaltschaft in Köln ging, haben 80.000 Menschen eine Petition von „Finanzwende“ unterzeichnet und das hat Druck aufgebaut, so dass dann die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen der Staatsanwaltschaft in Köln mehr Stellen gegeben hat, so dass sie besser jetzt die Ermittlungen führen können. Das zeigt, es funktioniert. Wenn sich Bürgerinnen und Bürger für mehr Fairness im Rechtsstaat einsetzen wollen, dann können sie das erreichen, und ich habe mit Frau Brorhilker vereinbart, dass wir das die nächsten Jahre angehen und dafür sorgen wollen, dass unser Rechtsstaat dort, wo er heute nicht funktioniert, in Zukunft fairer und besser wird.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*